

Je Woche

20. Jahrgang
ISSN 1862 - 1996



Kulturrexpress

Unabhängiges Magazin



Architekt Max Dudler Geschäftshaus
am Rudolfplatz in Köln

Ausgabe 01

vom 31. Dezember 2023 - 06. Januar 2024

Inhalt

- Finanzierung des Justizzentrum in Frankfurt am Main geklärt
- Geschäftshaus am Rudolfplatz in Köln

Zeitschrift für Kunst, Kultur, Philosophie, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie
Kulturexpress verpflichtet sich unabhängig über wirtschaftliche, politische und kulturelle Ereignisse zu berichten. Kulturexpress ist deshalb ein unabhängiges Magazin, das sich mit Themen zwischen den Welten aus Wirtschaft und Kultur aber auch aus anderen Bereichen auseinandersetzt. Das Magazin bemüht sich darin um eine aktive und aktuelle Berichterstattung, lehnt jedoch gleichzeitig jeden Anspruch auf Vollständigkeit ab.

Impressum

Herausgeber Rolf E. Maass
Postfach 90 06 08
60446 Frankfurt am Main
mobil +49 (0)179 8767690

www.kulturexpress.de
www.kulturexpress.info
www.svenska.kulturexpress.info
www.engl.kulturexpress.info

Finanzamt IV Frankfurt a/M
USt-idNr.: DE249774430
redaktion@kulturexpress.de

Kulturexpress in gedruckter Form
erscheint wöchentlich

Geschäftshaus am Rudolfplatz in Köln

Baut historischen Ort an der Hahnentorburg in Köln weiter. Das von Max Dudler geplante Büro- und Geschäftsgebäude am Kölner Rudolfplatz gegenüber der Hahnentorburg ist fertiggestellt. Architektonisch schafft der skulpturale Bau einen ruhigen Hintergrund für das mittelalterliche Monument und stellt auf subtile Weise Bezüge her. Gemeinsam mit dem Neubau der Wallarkaden (Caruso St John) bildet das Geschäftshaus eine Blockfigur, die als Teil des urbanen Gewebes die historische Stadtkante komplettiert.

Die Hahnentorburg am heutigen Rudolfplatz war als westlicher Zugang zur Stadt Köln im Mittelalter Teil der Krönungsstraße und stellte die wichtige Verbindung zum Königssitz Aachen her. Der Rudolfplatz ist im Stadtgrundriss auch heute prominent und ein wichtiger Baustein in der derzeitigen städtebaulich-architektonischen Akzentuierung der historischen Stadtkante Kölns. Aufgrund seiner stadtbildprägenden Präsenz wurde für das Geschäftshaus am Rudolfplatz von der Stadt Köln ein Wettbewerb zur Neuformulierung des Ortes ausgeschrieben, den Max Dudler 2017 für sich entscheiden konnte.

Der von Max Dudler geplante und nun fertiggestellte Neubau stellt architektonisch einen ruhigen Rahmen sowohl für das historische Denkmal als auch für seine wechselhafte Nutzung als Bürogebäude mit Geschäften und Gastronomie im Erdgeschoss dar. Seine plastische, in Richtung Süden und Nordosten abgestufte Kubatur entwickelt das Gebäude

aus einer Transformation der Umgebungsbezüge. Mit einer klar gegliederten Relieferung schließt der große Baukörper an den Maßstab der kleineren Parzellierung vor Ort an und bildet eine repräsentative eigene Adresse aus. Ein Rücksprung des Volumens markiert den Eingangsbereich und teilt den Baukörper visuell in drei Häuser. Die horizontalen und vertikalen Linien der Fassade fügen sich wie Schuss- und Kettfäden zum Gewebe. Auf subtile Weise rückt die Fassade von unten nach oben weiter zurück und folgt so einer klassisch dreiteiligen Gliederung. Die Verjüngung der Pfeiler und die zunehmende Relieftiefe verleihen dem Haus seinen filigranen Abschluss. „Die Herausforderung war, einem mittelalterlichen Monument dieser Bedeutung ein zeitgemäßes Geschäftshaus gegenüberzustellen, das eine eigene prägende Adresse entwickelt und sich gleichzeitig angemessen zurückhält. Unser Ansatz fokussiert sich



auf den Umgang mit dem Material und die Entwicklung weniger, fein ausformulierter Details. So ist ein wiedererkennbarer skulpturaler Bau entstanden, der der Hahnenortburg die Bühne überlässt.“ Max Dudler

Das gewählte Material übersetzt die historischen Bezüge in eine zeitgenössische Sprache. Die Fensterrahmen liegen verdeckt hinter den Stützen, sodass nur Stein und Glas sichtbar werden. Der geschlammte Wasserstrich-Ziegel der Pfeiler zitiert in Farbigkeit und Haptik den in der Hahnenortburg verwendeten Tuffstein. Stürze aus vorgefertigtem Werkstein bilden das hori-

zontale Äquivalent. In der Kombination der Materialien bildet sich das architektonische Grundprinzip von Tragen und Lasten ab und verweist auf die konstruktive Struktur des Skelettbau. Die in die Pfeiler im Verband verzahnten horizontalen Werksteinstürze unterliegen hierbei den traditionellen Fügeprinzipien des Mauerwerkbaus und werden daher bewusst als aufliegende, satt lastende Elemente artikuliert. Der feine Materialunterschied der Bauglieder reflektiert darüber hinaus die Differenzierungen im historischen Torbau, dessen neuere Bauteile wie Fensterbänke und Säulen aus Kalk- und Sandstein hergestellt sind.



Name des Bauwerks Haus am Rudolfplatz

Standort Rudolfplatz, 50674 Köln

Bauherr Projektentwicklung Rudolfplatz in Köln GmbH

Bauvolumen

NF: 8.186,50 m²

BGF: 12.665 m²

Planungszeit 05/2017 – 06/2022

Bauzeit 03/2019 – 09/2022

Architekt Max Dudler GmbH, Berlin

Projektleitung Bernhard Moeller

Mitarbeit

Jannik Schlingermann, Franziska Adler, Johanna

Barthen, Christof Berkenhoff, Andrea Deckert, Ina

Klein, Kwangjin Lee, Johanne Künzel, Marco Ullrich,

Alice Geletey, Sinam Hawro Yakoob, Dimitri Sablatura

Wettbewerb: Björn Werner, Rebecca Alsfasser

Bauleitung Ingenieurbüro Arne Meyer

Tragwerksplanung AWD Ingenieurgesellschaft GmbH

TGA Bähr Ingenieure GmbH

Elektroplanung Bähr Ingenieure GmbH

Bauphysik/Akustik Institut für Schalltechnik, Raumakustik, Wärmeschutz

Brandschutzplanung HHP West Beratende Ingenieure GmbH

Fassadenplanung Priedemann Fassadenberatung GmbH

Verkehrsplanung VSU GmbH

Fotos Stefan Müller

Meldung: Max Dudler Presse, Berlin

BAUFINANZIERUNG

Finanzierung des Justizzentrum in Frankfurt am Main geklärt

Die KfW IPEX-Bank und die CaixaBank stellen gemeinsam HOCHTIEF Finanzierungsmittel für eine Bauzwischenfinanzierung für das PPP-Projekt "Justizzentrum Frankfurt" bereit. Das Projektvolumen bewegt sich im niedrigen dreistelligen Millionenbereich und umfasst den parallelen Neubau von zwei Justizgebäuden im

Stadtzentrum von Frankfurt, mit einer geplanten Fertigstellung Mitte 2027. Auftraggeber ist das Land Hessen, das Projektverträge mit HOCHTIEF geschlossen hat.

In die zwei Neubauten mit einer Bruttogeschossfläche von ca. 38.500 Quadratmetern werden

mehrere Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizbehörden einziehen. Da die Neubauten an der Stelle von Bestandsgebäuden errichtet werden, wird für die neuen Gebäude keine zusätzliche Fläche versiegelt.

Im Betrieb werden die Neubauten die Anforderungen an ein Effizienzgebäude 55 einhalten und damit positive Auswirkung auf die Umwelt und Klima haben, da der Energieverbrauch gesenkt und somit die Dekarbonisierung vorangebracht wird. Auf den nutzbaren Dachflächen installiert HOCHTIEF großflächige Photovoltaik-Anlagen. Die Häuser werden mit Fernwärme versorgt, die über moderne Heiz- und Kühldecken in die Räume eingespeist wird.

HOCHTIEF wird die Gebäude 30 Jahre lang bewirtschaften und das Land Hessen ist in dieser Zeit Mieter. Danach geht die Liegenschaft inkl. der Gebäude wieder vollumfänglich in das Eigentum des Landes Hessen über.

HOCHTIEF hat einen PPP-Großauftrag mit einem Volumen im mittleren dreistelligen Millionenbereich erhalten. Der Konzern wird im Auftrag des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen das neue Justizzentrum Frankfurt am Main erweitern. In die beiden neuen Gebäude, die an der Konstablerwache in der Innenstadt entstehen, werden mehrere Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizbehörden einziehen. HOCHTIEF wird die Neubauten mit einer Bruttogeschossfläche von 38.500 Quadratmetern bis Mitte 2027 errichten und anschließend 30 Jahre lang betreiben.

Die beiden neuen Justizgebäude an der Heiligkreuzgasse und an der Konrad-Adenauer-Straße erfüllen höchste Nachhaltigkeitsstandards. Auf den nutzbaren Dachflächen installiert HOCHTIEF großflächige Photovoltaik-Anlagen. Die Häuser werden mit Fernwärme versorgt, die über mo-

derne Heiz- und Kühldecken in die Räume eingespeist wird.

HOCHTIEF-Vorstandsvorsitzender Juan Santamaría: „HOCHTIEF managt den gesamten Lebenszyklus des Justizentrums über ein PPP-Modell. Das gibt uns die Gelegenheit, die Gesamtkosten für Bau- und Betrieb zu optimieren. Dadurch schaffen wir Mehrwert für den Steuerzahler.“

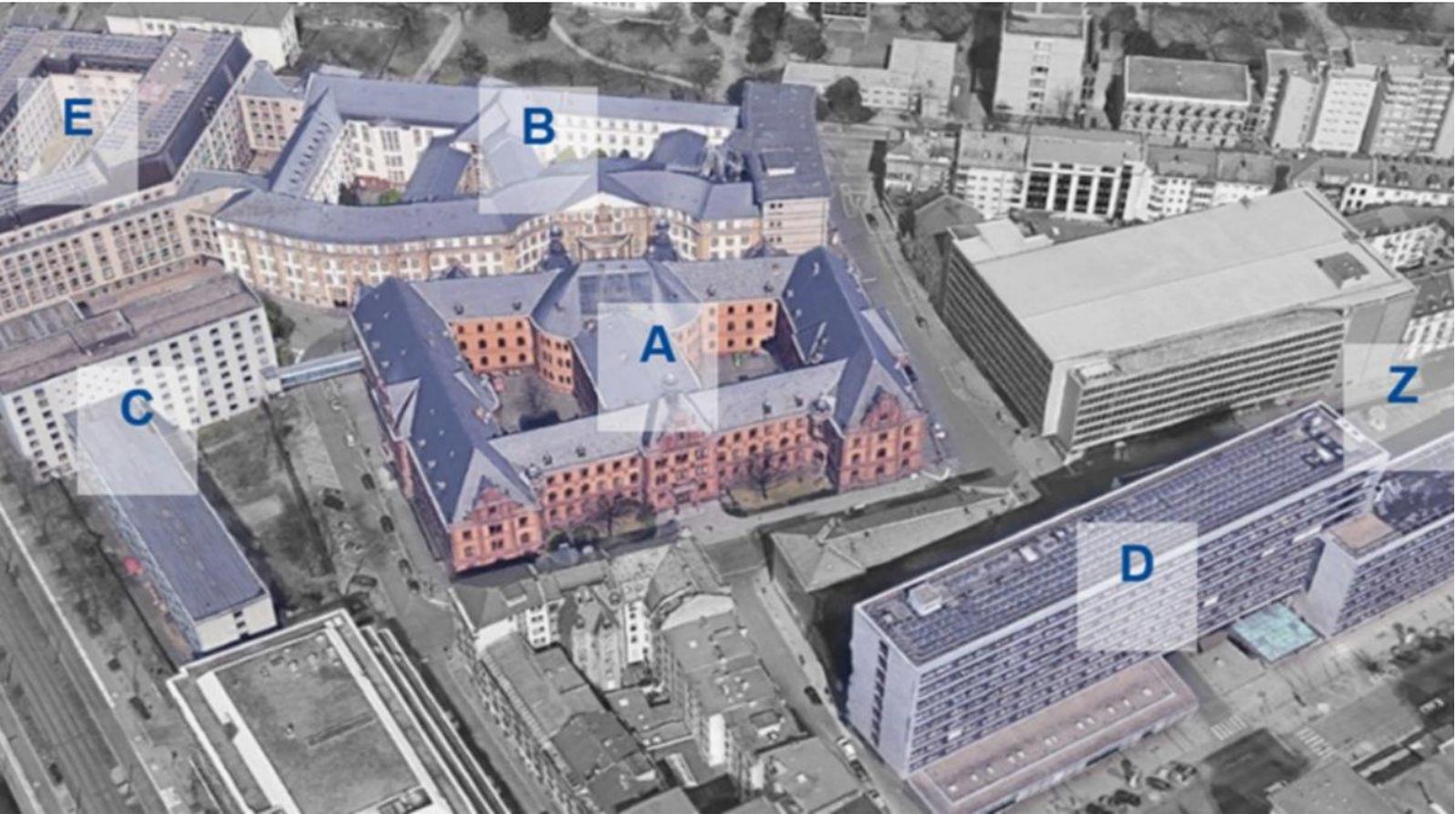
„Seit 15 Jahren realisieren wir erfolgreich Public-Private-Partnership-Großprojekte im Sicherheitsbereich, darunter Justizzentren, Ministerien, Bundeswehrkasernen und Polizeipräsidien. Gemeinsam mit unseren Baukollegen von HOCHTIEF Infrastructure haben wir alle Objekte termin- und kostengerecht fertig gestellt. Zusätzlich übernehmen wir den Betrieb und halten die Objekte in einem guten Zustand“, so Sandra Arendt, zuständig für den Bereich öffentlicher Hochbau der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH.

Seit 2021 haben die ersten Bauarbeiten für den größten hessischen Justizstandort an der Konstablerwache in Frankfurt am Main begonnen. Neben der Sanierung bestehender Gebäude sollen zwei Neubauten entstehen. Justizminister Roman Poseck und Finanzminister Michael Boddenberg haben heute die Baustelle des Sitzungssaals 146 A des Justizentrums Frankfurt am Main besichtigt und sich über den Fortschritt des Gesamtbauprojektes informiert.

Bedeutendes Justizzentrum

Der Hessische Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck sagte während der Baustellenbesichtigung: „Der traditionelle Justizstandort an der Konstablerwache in Frankfurt am Main ist auch über die hessischen Landesgrenzen hinweg eines der bedeutendsten und größten Justizzentren in Deutschland. Daher ist es wichtig, diesen Standort zu sanieren und auszubauen, um auch

Das Justizzentrum Konstablerwache aus der Luft



Luftbild Justizstandort Konstablerwache, Frankfurt am Main, © Google-Maps Visualisierung (LBIH)

in Zukunft den Bediensteten und allen Verfahrensbeteiligten einen modernen Gerichtsbetrieb mit guten Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Hessen investiert massiv in die Justiz. Dies gilt für das Personal genauso wie für die Gebäude und die Technik. Neben einer personellen Verstärkung braucht eine leistungsfähige Justiz auch eine gute Infrastruktur und eine zeitgemäße Ausstattung. Die baulichen Maßnahmen zur Modernisierung des Justizstandorts sind darum eine nachhaltige Investition in die Zukunft der hessischen Justiz. Durch eine vorausschauende Planung und eine fortlaufende enge Abstimmung mit den örtlichen Behördenleitungen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass trotz der unvermeidlichen Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahmen, z.B. Lärm und Baustellenverkehr, eine durchgehende Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes

sichergestellt wird. Es ist gut, dass die Justiz in Frankfurt am Main so zentral liegt. Das erleichtert ihre Erreichbarkeit und stärkt ihre Bedeutung. Deshalb freue ich mich darüber, dass die bauliche Weiterentwicklung hier am Standort in der Mitte der Stadt vorgenommen wird, diese so gut voranschreitet und ich mir heute selbst einen Eindruck verschaffen kann.“

Hessens Finanzminister Michael Boddenberg erklärte beim Rundgang: „Die Investitionen in Hessens größten und wichtigsten Justizstandort gelten unserem Rechtsstaat. Die Justiz und damit unsere Gesellschaft werden davon lange profitieren. Das Projekt ist auf über ein Jahrzehnt angelegt. Soweit wir aktuell kalkulieren können, gehen wir schon jetzt von Investitionen von mehr als einer halben Milliarde Euro aus. Angesichts der Dauer der Bauarbeiten, der bekannten Preissteigerungen und weiterer Unwäg-

barkeiten wird sich diese Summe sicherlich noch deutlich erhöhen. Das müssen uns gute Bedingungen für die Justiz aber wert sein."

Anspruchsvoller Umbau

Beide Minister dankten allen Beteiligten, die zur Umsetzung des Bauprojektes beitragen. „Unser Dank richtet sich insbesondere auch an alle Bediensteten für die Bereitschaft, Hürden, wie den temporären Umzug an den Interimsstandort in Niederrad, aufzunehmen, um die Baumaßnahmen realisieren zu können.“

Thomas Platte, Direktor des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH), führte weiter aus: „Die Gesamtanlage besteht aus Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert, aber auch aus Bauten aus den 1960er- und 1980er-Jahren. Zum Projekt gehört auch ein Neubau. Die Umsetzung eines solchen Projekts ist durchaus anspruchsvoll, gerade weil sie im laufenden Betrieb geschieht. Unter anderem muss ein großes Stahltragwerk eingebracht werden, zudem wird eine tragende Wand zurückgebaut. Auch bei der Restaurierung der bauzeitlichen Stuckdecke stimmen sich unsere Kolleginnen und Kollegen eng mit der Denkmalpflege ab.“

Im Rahmen des Gesamtprojekts „Justizstandort Konstablerwache, Frankfurt am Main“ sollen nach dem Abriss und Neubau der Gebäude C und Z die Gebäude B, A und E nacheinander saniert und modernisiert werden.

Alle Gebäude mit Buchstaben markiert

Im 1. Bauabschnitt werden die Gebäude ersetzt, deren erforderliches Bauvolumen am Standort nicht wirtschaftlich realisierbar ist. Somit werden Gebäude C (Konrad-Adenauer-Str. 20) und Z (Heiligkreuzgasse 15, schon länger leerstehend) durch Neubauten ersetzt. Der Neubau des Gebäudes C soll zur Deckung von zusätzlichen Raumbedarfen mit einer voraussichtlichen Nutz-

fläche von ca. 16.000 qm in etwa doppelt so groß wie das bisherige Gebäude C (mit 7.356 qm) werden. Im Gebäude C werden im öffentlichen Bereich u.a. zwei große und moderne Sicherheitssitzungssäle geschaffen. Beide Gebäude werden für die Bediensteten von Oberlandesgericht, Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft sowie Land- und Amtsgericht und Justizprüfungsamt ein modernes und attraktives Arbeitsumfeld bieten.

Vollumfängliche Modernisierung

Im Gebäude C sind derzeit u.a. die Staatsanwaltschaft mit der Asservatenstelle, der Sicherheitssitzungssaal 165 C sowie der Haft-richterbereich des Amtsgerichts untergebracht. Im Vorfeld des für Anfang 2024 geplanten Abrisses der Gebäude C und Z sind bis Ende 2023 verschiedene vorbereitende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs vorzunehmen, zu denen die baulichen Herrichtungsmaßnahmen bezüglich dem Sitzungssaal 146 A als Ersatz für den Sitzungssaal 165 C und im Gebäude E bezüglich dem Haftrichterbereich mit Vernehmungsräumen und Zellen gehören. Zudem sind der Bezug einer Interimsanmietung mit Büros und Sitzungssälen und der Bezug einer dauerhaften Anmietung für eine gemeinsame Asservatenstelle von Polizei und Staatsanwaltschaft zu realisieren, die zuvor jeweils für die Zwecke der Justiz baulich hergerichtet werden. Das Interimsgebäude wurde für die Dauer des Gesamtprojekts von mindestens 12 Jahren angemietet und soll in der 1. Bauphase, die die Neubauten C und Z umfasst, von vier Nutzern (Staatsanwaltschaft, Zivilabteilung des Amtsgerichts, Verwaltung des Oberlandesgerichts und Justizprüfungsamt FfM) bezogen werden. Generalstaatsanwaltschaft u. Landgericht verbleiben komplett am Justizstandort Konstablerwache. Sie sollen während der Baumaßnahmen ausschließlich innerhalb des Justizstandorts Konstablerwache umziehen und

dort durch Auslagerung ins Interimsgebäude freigezogene Flächen nutzen.

Vor dem Abriss und Neubau der Gebäude C und Z wird der Sitzungssaal 146 A (Schwurgerichtssaal) aufwändig hergerichtet. „Wir stehen heute in dem historischen Sitzungssaal 146 A, der für rund 8 Millionen Euro als eine der ersten Baumaßnahmen zum Sicherheitssitzungssaal umgebaut und Ende dieses Jahres fertiggestellt sein wird“, erklärte Finanzminister Michael Boddenberg. „Die Gewährleistung der Sicherheit und des öffentlichen Interesses sind wichtige Anforderungen an einen zeitgemäßen Sitzungssaalbetrieb. Im Rahmen dieser Baumaßnahme wird eine vollumfängliche Modernisierung der Technik und Ausstattung sowie eine räumliche Erweiterung zur Deckung der Platzbedarfe für Prozessbeteiligte und Zuschauer realisiert. Zur Erhöhung der Sicherheit bekommt der Sitzungssaal separate Zugänge für Prozessbeteiligte und Zuschauer“, so Hessens Justizminister Roman Poseck weiter.

Am Richterpult werden sieben Sitzplätze nebst einem Sitzplatz für die Protokollführung zur Verfügung stehen. Auf der Anklageseite werden acht Sitzplätze eingerichtet, die aufgrund der großzügigen Bemessung des Saals noch durch angestellte Tische erweitert werden können. Auf der Angeklagtenseite werden 30 Sitzplätze für Angeklagte und Verteidiger eingerichtet. Der Zuschauerraum soll ca. 100 Personen fassen können. Der Schwurgerichtssaal 146 A in Justizgebäude A wird zur Aufrechterhaltung des Gerichtsbetriebes dienen.

Meldungen: KfW IPEX-Bank, Frankfurt am Main, Hochtief, Alfredstraße 236, Essen und Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden